

Eva Helene Odzuck

Die Herausforderung der Demokratie im digitalen Zeitalter

Das diagnostische Potenzial radikaler Demokratietheorie und die Notwendigkeit einer neuen Typologie der Demokratietheorien

Abstract: In this article, the diagnostic potential of democratic theories in the digital age is analyzed. A critical examination is conducted on Mouffe's theory of radical democracy, which divides democratic theories into consensus-oriented and conflict-oriented models. The article argues that radical democracy's critique of deliberative democracy is flawed, as it relies on a straw man argument; that radical democracy has logical problems and is institutionally under-complex. Most importantly, radical democracy, due to its epistemological position, cannot achieve its claim of allowing conflict while limiting its violent character. In view of the identified theoretical problems and their practical-political implications, a new typology of theories of democracy is proposed. This new typology suggests that the decisive dividing line is not consensus vs. conflict, but rather epistemological: The decisive dividing line, of utmost importance for the digital age, runs along the question of whether one relies on reason or struggle as the medium of conflict resolution.

Bilder des von Christo und Jeanne Claude eingepackten Bundestages können uns daran erinnern, dass die Demokratie ein zerbrechliches Geschenk ist. Anders als Autokratien, in denen ein Verständnis der den Institutionen zugrunde liegenden Ideen nicht notwendig ist, sondern oftmals bloßer Gehorsam genügt, müssen Demokratien von Bürgerinnen und Bürgern verstanden und gewollt werden, um auf Dauer bestehen zu können. Notwendig ist für Demokratien also auch eine geistige, eine ideelle Ebene, oder anders formuliert: eine „mentale Infrastruktur“ (vgl. Meier 1980; Odzuck 2014, 93) – d.h. ein basales Verständnis der Grundwerte und Kernideen der Demokratie und ihrer Institutionen. Bilder wie diejenigen vom Sturm aufs Kapitol haben in den letzten Jahren traurige Berühmtheit erlangt. Sichtbar ist auf diesen Bildern ein aufgeetzter Mob, dessen Radikalisierung wesentlich im digitalen Kontext sozialer Netzwerke erfolgte. Die Gewaltbereitschaft gegen zentrale Institutionen der Demokratie lässt sich als Ausdruck der Tatsache betrachten, dass Grundwerte der liberalen Demokratie, die auch deren Institutionen zugrunde liegen, nicht mehr hinreichend verstanden oder geschätzt werden. Es soll hier jedoch keinesfalls in kulturpessimistischer Absicht pauschalisierend das Narrativ vom

Niedergang der Demokratie in der Digitalisierung bespielt werden – die Digitalisierung birgt durch neue Partizipations-, Vernetzungs- und Diskursmöglichkeiten sowie durch die schnelle Verfügbarkeit von Informationen enormes demokratisches Potenzial. Aber es ist zugleich doch auch so, dass sich Strukturen und Logiken der Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter massiv verändert haben und es zu Entwicklungen kam, die für die Weiterentwicklung der Demokratie eine enorme Herausforderung darstellen. Einige Stichworte seien hier genannt: Die Polarisierung der Öffentlichkeit durch *Hate Speech*, die Manipulierung der Öffentlichkeit durch *Social Bots*, KI-generierte Bilder und *Astro-Turfing*-Techniken, die Fragmentierung der Öffentlichkeit durch algorithmisch erzeugte Filterblasen und Echo-kammern, und die den Wettkampf um Aufmerksamkeit begleitende Wahrheitsindifferenz einer *Post-Truth*-Politics. Diese in den letzten Jahren beobachtbaren Tendenzen digitaler Öffentlichkeiten bleiben auch im analogen Raum nicht folgenlos und stellen liberale Demokratien vor große Herausforderungen. Um die Herausforderung der Demokratie durch diese Entwicklungen adäquat zu beurteilen, benötigen wir jedoch zunächst einen geeigneten demokratietheoretischen Maßstab – denn gerade, wenn die Herausforderungen auf der praktisch-politischen Ebene größer werden, ist es essenziell, zunächst auf der Ebene demokratietheoretischer Grundlagenforschung anzusetzen, um sich darüber klar zu werden, was eigentlich eine gute Demokratie ist (und was nicht). Im Bereich der normativen Demokratietheorien stellen nun typologische Ansätze den Versuch dar, die Pluralität der verschiedenen Maßstäbe zu ordnen und zu hierarchisieren. Weil solche Typologien jedoch in der Regel selbst aus einer bestimmten normativen Perspektive heraus verfasst sind und nur dann überzeugen können, wenn man auch deren epistemologische und normative Prämissen verstanden hat und teilt, ist eine rekonstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit bestehenden Maßstäben und Typologien – auch und insbesondere mit solchen, die derzeit enorm populär sind – gerade aus einer anwendungsorientierten Perspektive heraus unabdingbar.

Ich möchte mich in meinem Aufsatz daher kritisch mit einer derzeit populären Typologie der Demokratietheorie und einer darin zum Einsatz kommenden demokratietheoretischen Trennlinie auseinandersetzen, um die Ausgangsfrage nach der Herausforderung der Demokratie in der Digitalisierung zu klären. Mein Aufsatz ist folgendermaßen gegliedert:

Zuerst skizziere ich Tendenzen der gegenwärtigen Digitalisierungsforschung und Schwierigkeiten bei der Suche nach einem geeigneten demokratietheoretischen Maßstab (1). Danach setze ich mich kritisch mit der radikalen Demokratietheorie und der von ihr etablierten, wirkungsmächtigen typologischen Trennlinie in konsensbasierte und konfliktbasierte Demokratiemodelle auseinander (2). Hierzu rekonstruiere ich zunächst anhand einiger Schriften von Chantal Mouffe die Typologie und deren (gegen deliberative Demokratiemodelle gerichtete) demokratie-

theoretische Trennlinie von konsens- und konfliktbasierten Demokratiemodellen (2.1). Anschließend unterziehe ich die Typologie und Trennlinie einer Kritik, indem ich zeige, dass die radikale Demokratietheorie in ihrer Kritik der deliberativen Demokratietheorie mit einem Strohmännchen-Argument arbeitet, institutionell unterkomplex ist und aufgrund ihrer epistemologischen Grundlage ihrem eigenen Anspruch (Konflikte zu ermöglichen und zugleich deren Gewaltförmigkeit zu begrenzen) nicht gerecht werden kann (2.2). Ich zeige sodann auf, zu welchen gegensätzlichen Ergebnissen die Anwendung der Maßstäbe der radikalen und der deliberativen Demokratie in der Beantwortung der Ausgangsfrage führt (2.3), um ausgehend davon für eine neue demokratietheoretische Trennlinie und Typologie zu plädieren, die gerade im digitalen Zeitalter, in der liberale Demokratien neu herausgefordert werden, von Relevanz sein dürfte (3).

1 Die demokratietheoretische Digitalisierungsforschung und die Suche nach einem geeigneten demokratietheoretischen Maßstab

Um zu beurteilen, worin die Herausforderung digitalisierter Öffentlichkeiten für die Demokratie genau besteht, ist ein klarer demokratietheoretischer Maßstab notwendig. Auf der Ebene der politikwissenschaftlichen, angewandten Demokratietheorie finden sich bislang jedoch erstaunlich wenige Forschungen, die anhand begründeter ausgewählter und klar ausbuchstabierter demokratietheoretischer Maßstäbe die Frage nach den Herausforderungen der Digitalisierung klären. Die eklatante demokratietheoretische Lücke in der Digitalisierungsforschung beklagt etwa das Autorentrio Bernholz, Landemore und Reich (2021, 5): „In an age of AI, big data, social media platforms, and (injustice) by algorithm, the lack of attention by democratic theorists is increasingly problematic and puzzling.“¹

Bei den vergleichsweise wenigen dezidiert anwendungsbezogenen Arbeiten, die existieren, fällt zudem ein gewisser neuer Trend zur radikalen Demokratie-

¹ Zwar gibt es im Bereich der Digitalisierungsforschung einige Veröffentlichungen mit demokratietheoretischer Stoßrichtung – diese kommen jedoch oftmals nicht aus dem Kernbereich der Demokratietheorie und Politischen Theorie oder aus der Politikwissenschaft, sondern häufig aus angrenzenden Fächern, weshalb die grundlegende These der weitgehenden Vernachlässigung der Digitalisierung durch die Demokratietheorie trotz einiger Ausnahmen (für den deutschen Sprachraum bspw. Oswald/Borucki 2020; Jacob/Thiel 2019) nach wie vor Gültigkeit besitzt.

theorie auf (vgl. exemplarisch Dahlberg 2007; Kahn/Kellner 2015; Farkas/Schou 2020), der einem größeren Trend in der politischen Theorie entspricht, in der die letzten zehn Jahre einen regelrechten Boom an Monografien, Handbüchern und Sammelbänden zur radikalen Demokratietheorie hervorbrachten (für den deutschen Sprachraum vgl. unlängst etwa Comtesse et al. 2019). Vertreter aus angrenzenden Disziplinen sehen infolge dieses Trends die Notwendigkeit, radikaldemokratischen Kritiken an deliberativen Ansätzen zu folgen (bspw. Filipovic 2019), und Politische Theoretikerinnen, die selbst eigentlich anderen Ansätzen anhängen, wollen im Zuge dieses Trends die Potenziale radikaldemokratischer Ansätze für die Digitalisierungsforschung ausloten (so bspw. Ritzi/Zierold 2021, 27). Auch die von der radikalen Demokratietheorie gezogene Trennlinie in konsensbasierte und konfliktbasierte Demokratieverständnisse wird vielfach zitiert und auch in aktuellen, an die breitere Öffentlichkeit gerichteten Büchern aufgegriffen (vgl. Frick 2017). Nun ist die radikale Demokratietheorie nicht die einzige mögliche Demokratietheorie – und sie war auch lange Zeit (vielleicht auch mit guten Gründen) gar nicht als vollwertige, eigenständige Demokratietheorie anerkannt (zur Kritik vgl. Jörke 2006; Buchstein 2020).² Bevor man also eine Entscheidung für einen demokratietheoretischen Standpunkt trifft, benötigt man einen Überblick auf der Landkarte der Demokratietheorien und eine Grundlage für die Wahl einer demokratietheoretischen Position.

Wendet man sich mit diesem Interesse einer Ordnung der verschiedenen Demokratietheorien der demokratietheoretischen Grundlagenforschung zu, dann kann angesichts der oftmals beklagten „Unübersichtlichkeit der Demokratietheorie“ (Martinsen 2009, 44) Ratlosigkeit entstehen. Sartori (2006, 15) beklagte bereits in den 1980er Jahren das Zeitalter der „verworrenen Demokratie“ und konstatierte, dass man mit Bedeutungsvielfalt leben könne, mit Beliebigkeit dagegen nicht. Die an Beliebigkeit grenzende Bedeutungsvielfalt konturierte Gagnon (2018) als Problem des „ontologischen Pluralismus der Demokratietheorie“ und fand heraus, dass mindestens 2234 Adjektive benutzt werden, um Demokratien zu beschreiben. Und zu einer neuen Unübersichtlichkeit und resultierendem Orientierungsbedarf ist es in der modernen Demokratietheorie durchaus gekommen: Im Kanon der modernen Demokratietheorien flottieren neben den klassischen Ansätzen etwa der liberalen, republikanischen, elitären, konservativen, sozialistischen Demokratietheorien inzwischen auch andere, wie deliberative, feministische, neorepublikanische, kommunitaristische, multikulturalistische, kosmopolitane und postmoderne Ansätze –

2 Vgl. exemplarisch: „Die Texte der postmodernen Autoren sind oftmals in mitreißender rhetorischer Verve geschrieben; wer darin nach Hinweisen für Veränderungsansätze demokratischer Ordnungen oder nach Lösungen für normative oder praktische Probleme sucht, wird allerdings kaum fündig“ (Buchstein 2016, 33).

um nur einige prominente Adjektive und Ausprägungsformen moderner Demokratietheorien aufzuzählen. Verschiedene Überblicksdarstellungen schlagen daher Systematisierungen vor, die helfen sollen, die Vielgestaltigkeit und Pluralität moderner Demokratietheorien zu ordnen. Auch diesbezüglich hilfreiche Systematisierungsversuche wie die von Buchstein (2016, 29–35) oder die von Lembcke, Ritz und Schaal (2012, 23–26) helfen zur Entscheidung unserer Frage, welche demokratietheoretischen Maßstäbe nun für die Beurteilung der Herausforderung der Digitalisierung besonders geeignet sind, nur bedingt weiter, weil diese Typologien zwar phänomenbezogene Schwerpunkte verdeutlichen und Richtungen demokratietheoretischer Argumentation abbilden, aber keine grundlegenden Trennlinien ziehen oder auf klare normative Hierarchisierungen abzielen. Offenbar bedarf es aber gerade aus einer anwendungsorientierten Perspektive heraus einer typologisch orientierten, Trennlinien und Hierarchisierungen deutlich sichtbar machen den demokratietheoretischen Grundlagenforschung, damit die Entscheidung für oder gegen bestimmte demokratietheoretische Maßstäbe normativ reflektiert und im klaren Bewusstsein der jeweiligen wissenschaftstheoretischen Grundlagen und demokratiepolitischen Konsequenzen getroffen werden kann.

2 Kritik und Revision der radikaldemokratischen Typologie der Demokratietheorien

2.1 Vorstellung der radikaldemokratischen Typologie und Trennlinie

Um die Art der benötigten demokratietheoretischen Standortbestimmung zu verdeutlichen, möchte ich mich in diesem Aufsatz kritisch mit einer enorm einflussreichen Typologie auseinandersetzen, die den Vorteil hat, dass sie eine sehr grundsätzliche Trennlinie zieht – allerdings zieht sie diese Trennlinie, wie ich argumentieren werde, an der falschen Stelle. Eingeführt wurde die Typologie von der derzeit wohl bekanntesten Vertreterin der „radikalen Demokratietheorie“ – von der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe.

Mouffe (2000) stellt in ihrer Typologie drei Modelle von Demokratie einander gegenüber: Das mit den Namen Schumpeter und Downs verbundene, sogenannte aggregative Modell, das mit den Namen Habermas und Rawls verbundene deliberative Modell und das radikaldemokratische oder agonistische Modell, für das sie sich stark macht. Sie hält dem deliberativen Modell zugute, berechnete Kritik am sogenannten aggregativen Modell zu üben: Die deliberative Theorie habe Recht damit, dass eine Sicht auf den politischen Prozess als Aggregation von Präferenzen

keinesfalls ausreichend sei. Es gehe nicht an, die Demokratie auf Verfahrensfragen zur Vermittlung entgegengesetzter Interessen zu reduzieren (Mouffe 2000, 2). Das deliberative Modell kranke jedoch an einem eigenen Problem: Indem es auf Konsens setze, werde es der konflikthaften Dimension von Politik nicht gerecht. Die Konsensorientierung sei vielmehr schuld daran, dass sich Apathie ausbreitet und Wähler sich von Parteien nicht mehr vertreten fühlen (Mouffe 2008, 105). Mouffe schreibt dazu:

Als Politiktheoretikerin beunruhigt mich insbesondere auch der schlechte Einfluss, den die politische Theorie [...] ausübt. Tatsächlich lautet einer der wesentlichen Grundsätze jenes Theorieansatzes, der unter dem Namen „deliberative Demokratie“ derzeit zügig das diskursive Terrain kolonisiert, dass politische Fragen moralischer Natur seien und deshalb einer Behandlung durch die Vernunft unterworfen werden könnten. Einer solchen Sicht nach besteht das Ziel einer demokratischen Gesellschaft in der Herstellung eines rationalen Konsenses, der durch angemessene deliberative Verfahren erreicht wird, deren Zweck es ist, Entscheidungen zu produzieren, die einen unparteiischen Standpunkt repräsentieren, der gleichermaßen im Interesse aller liegt (Mouffe 2002, 102).

Mouffe rät davon ab, Bürger mit Argumenten überzeugen zu wollen und sich den Kopf über die rationale Rechtfertigung von Institutionen zu zerbrechen, wie dies die deliberativen Demokratietheorien tun. Sie plädiert stattdessen dafür, Leidenschaften zu mobilisieren, Diskurse zu multiplizieren und zur Aktion anzustacheln:³

Es ist notwendig einzusehen, dass *weder* durch das Angebot ausgefeilter rationaler *Argumente* *noch* durch die Behauptung einer kontext-transzendenten *Wahrheit* über die Vorrangstellung der liberalen Demokratie die demokratischen *Werte* selbst gefördert werden können. [...] Was für eine Sicherung der Stabilität und Verbindlichkeit der Prinzipien benötigt wird, ist die Schaffung eines demokratischen *ethos*. Das hat mit der Mobilisierung von Leidenschaften und Gefühlen zu tun, der Vervielfältigung von Praktiken, Institutionen und Sprachspielen [...] (Mouffe 1999, 20–21, Hervorhebungen E. O.).

Berühmt geworden ist im Zusammenhang mit Mouffes These, dass stabile politische Identifikation auf Leidenschaften (*statt* auf Vernunft) gegründet sein müsse, die

3 „The view that I put forward is that it is not by providing arguments about the rationality embodied in liberal democratic institutions that one can contribute to the creation of democratic citizens. The constitution of democratic individuals can only be made possible by multiplying the institutions, the discourses, the forms of life that foster identification with democratic values. [...] the only way is to envisage democratic citizenship from a different perspective, one that puts the emphasis on the types of practices and not on the forms of argumentation. [...] Envisaged from such a standpoint allegiance to democracy and belief in the value of its institutions does not depend on giving them an intellectual foundation. It is more of the nature of [...] a passionate commitment to a system of reference“ (Mouffe 2000, 11–12).

Mouffe'sche Forderung, dass einem rechten Populismus ein linker Populismus entgegengesetzt werden müsse (vgl. Mouffe 2018).

Eine solche Unterordnung des Arguments unter die Aktion ist nur konsequent für einen wahrheits- und vernunftskzeptischen Ansatz, wie Mouffe ihn vertritt. Mouffe übt eine Fundamentalkritik am rationalistischen Ansatz (2008, 27) und fordert, diesen in der Politischen Theorie zurückzudrängen. Das eigentliche Problem des rationalistischen Ansatzes sei, dass dieser „die Unmöglichkeit, rationale, unparteiische Lösungen für politische Fragen zu finden“ (Mouffe 2002, 104) nicht verstehe und daher Phänomene des Konfliktes, des Kampfes und der Gegnerschaft ausblende. Was vielleicht für manche schwierige Fragen – man denke an die Abtreibungsdebatte – gelten mag, erhebt Mouffe zum konstitutiven Merkmal von Politik überhaupt: Politik ist nach Mouffe wesentlich der Bereich genuin unversöhnlicher Werte, und Wertkonflikte können nach Mouffe nicht durch die Vernunft gelöst werden, weshalb man immer mit Gewalt rechnen müsse:

Man kann kein Bestehen einer Pluralität von Werten ernsthaft ins Auge fassen, ohne annehmen zu müssen, dass diese Werte irgendwann miteinander in Konflikt geraten. Und dieser Konflikt kann nicht einfach bloß in Begriffen von widerstreitenden Interessen dargestellt werden, die ohne jede Form von Gewalt entschieden oder beruhigt werden (Mouffe 1999, 27).

Das gilt genauso für die Demokratie selbst, die mit den angeblich unvereinbaren Werten von Freiheit und Gleichheit ein Paradox in sich trage, das im Sinne einer dialektisch-evolutionären Entwicklung von Anfang an zu Kämpfen geführt habe.⁴ Eine Weiterentwicklung der Demokratie im Hier und Jetzt sei daher vermutlich auch nicht friedlich, sondern, diese Schlussfolgerung liegt zumindest nahe, nur durch Kämpfe möglich. Mouffe konstatiert jedenfalls: „Der Fortschritt der Demokratie [...] wird niemals in Form einer sanften, fortschreitenden Evolution stattfinden [...]“ (Mouffe 2008, 22). Mouffe fordert daher zum „*Bruch mit der herrschenden, rationalistischen Sichtweise*“ (Mouffe 2008, 27, Hervorhebung E. O.) als einer verblendenden, Ausschlüsse verdeckenden Perspektive auf.⁵

⁴ „Ein zentrales Argument dieses Buches lautet, dass demokratische Politik dringend verstehen muss, dass liberale Demokratie aus der Artikulation zweier *Logiken* resultiert, die in letzter Konsequenz *inkompatibel* sind, und es keinen Weg gibt, auf dem sie restlos miteinander versöhnt werden können. [...] Aus diesem Grund war die liberal-demokratische Herrschaftsform immer der Ort von *Kämpfen*, die als Antriebskraft hinter historischen politischen Entwicklungen standen“ (Mouffe 2008, 22, Hervorhebungen E. O.).

⁵ „Dieser Umgang mit der paradoxen Natur liberaler Demokratie erfordert den *Bruch mit der herrschenden rationalistischen Sichtweise* und ruft nach einem theoretischen Rahmen, der die Unmöglichkeit der Konstitution einer Form sozialer Objektivität anerkennt, die nicht auf einem ursprünglichen Ausschluss gegründet wäre“ (Mouffe 2008, 27, Hervorhebungen E. O.).

Jegliche Ordnung, die gefunden worden sei, müsse vielmehr immer als prekärer und instabiler Ausdruck von Machtbeziehungen verstanden werden. Normal und konstitutiv für das Politische sind für Mouffe Chaos und Kampf – Ordnung per se scheint abnormal:

Jeder *Konsens* erscheint als Stabilisierung von etwas, was grundsätzlich instabil und chaotisch ist. Das Chaos und die Instabilität sind irreduzibel, wie Derrida aber darlegt, stellt dies zugleich Risiko und Chance dar, da eine kontinuierliche *Stabilität nicht nur das Ende des Politischen, sondern auch das Ende der Ethik bedeutet* (Mouffe 1999, 30, Hervorhebungen E. O.).

Diese fehlende Ordnung im Ganzen und die Vorstellung vom Machtkampf als alles durchwirkendem Prinzip hat unmittelbar Folgen für das Demokratieverständnis von Mouffe. Konsense müssen demnach als provisorische, instabile und per definitionem exkludierende Resultate im Kampf einzelner Akteure oder Gruppen um Hegemonie begriffen werden:

Wenn wir anerkennen, *dass jeder Konsens als ein zeitweiliges Resultat einer provisorischen Hegemonie wirksam ist, als eine Stabilisierung von Macht*, und auch, dass er immer eine Art von *Ausschluss* beinhaltet, beginnen wir Demokratiep Politik anders zu begreifen (Mouffe 1999, 32, Hervorhebungen E. O.).

Demokratiepolitik ist nach Mouffe folgerichtig die Erzeugung von Identitäten im Kampf um Machtkonflikte. Das jeweilige „Wir“ ist „eine kollektive *Identität*, die in verschiedenen *Kämpfen* gegen Unterordnung gefundene Forderungen artikulier[t]“ (Mouffe 2008, 36, Hervorhebungen E. O.). Erst im Kampf gegen Unterdrückung und um eine Neuordnung der Machtverhältnisse entstehen Identitäten.⁶ Wer sich in die demokratische Öffentlichkeit begeben soll, dies nach Mouffe also nicht tun, um mit anderen Bürgern gemeinsam über eine für alle gute Lösung nachzudenken, oder um Argumente für bessere oder schlechtere Lösungen zu präsentieren. Eine solche für alle gute Lösung kann es nach den epistemologischen Prämissen der radikalen Demokratietheorie ohnehin nicht geben, sondern was es gibt, sind nur temporäre Hegemonien. Mouffe und die von ihr vertretene radikale Demokratie weist „die eigentliche Möglichkeit einer nicht-exklusiven, öffentlichen Sphäre“ als „konzeptuelle Unmöglichkeit“ zurück (Mouffe 2008, 47)⁷ und plädiert stattdessen für eine

⁶ „Das impliziert, dass wird [sic] Macht nicht als externes Verhältnis, das zwischen zwei präkonstituierten Identitäten hergestellt wird, konzeptualisieren sollten, sondern vielmehr als die Instanz, durch welche Identitäten zuallererst ihrerseits konstituiert werden“ (Mouffe 2008, 36).

⁷ Zur Kritik an einer Abkehr vom normativen Maßstab einer inklusiven Öffentlichkeit und die Degradierung der politischen Öffentlichkeit zu einer von vielen konkurrierenden Halböffentlichkeiten vgl. Habermas (2022, 63).

„agonistische Öffentlichkeit“, so der Titel ihres 2002 veröffentlichten Aufsatzes (Mouffe 2002).

Mouffes Modell des demokratischen Diskurses ist also dasjenige eines Kampfes zwischen Gegnern, die (unter anderem?) mit sprachlichen Mitteln kämpfen und denen es um Sieg geht. Nach Mouffe ergibt sich der Kampf als notwendige Konsequenz der fehlenden politischen Leistungsfähigkeit der Vernunft. In der Demokratie ist Gegnerschaft „der *Kampf* zwischen einander entgegengesetzten *hegemonialen Projekten*, die nie rational miteinander versöhnt werden können – eines von ihnen muss *besiegt* werden [...]“ (Mouffe 2002, 106, Hervorhebungen E. O.). Ziel des (wohl vor allem, aber vielleicht nicht nur sprachlich ausgetragenen) Kampfes sei nicht Verständigung, sondern Sieg und Macht. Wer Demokratie verstehen wolle, müsse Demokratie vom Begriff des Gegners her verstehen, der (über andere) siegen wolle:

Daher ist aus meiner Sicht die zentrale Kategorie demokratischer Politik die Kategorie des „Gegners“ [...] *Gegner kämpfen* gegeneinander, weil sie wollen, dass ihre *Interpretation hegemonial* wird [...]. Diese Konfrontation zwischen Gegnern bildet den „*agonistischen Kampf*“, in dem ich die eigentliche Voraussetzung für eine lebendige Demokratie sehe (Mouffe 2002, 105, Hervorhebungen E. O.).

Diese Zielorientierung erfordert nach Mouffe in erster Linie Abgrenzung und klare Frontstellung – die Identität wird negativ bestimmt, das demokratische „wir“ entsteht über die Abgrenzung zu einem „sie“: „Politik [...] bemüht sich immer um die Erzeugung eines ‚wir‘ durch Bestimmung eines ‚sie‘“ (Mouffe 2008, 103). Die dezidiert demokratische Feindbestimmung zeichnet sich nach Mouffe nun dadurch aus, dass der Feind nicht mehr als der zu vernichtende Feind gilt, sondern nur noch als derjenige, dessen Ideen man bekämpft.⁸ Als Ziel demokratischer Politik und demokratischer Institutionen gibt Mouffe an, den Antagonismus in einen Agonismus zu verwandeln sowie „die Entschärfung des Potenzials für Feindseligkeiten“ (Mouffe 2002, 104–105). Ganz konsequent durchhalten lässt sich die Kontrastierung von zu vernichtendem *Feind* und demokratischem *Gegner* dann aber offenbar doch nicht, denn irgendwie bleibt der die Identität erst verbürgende *Gegner* auch in der demokratisch sublimierten Form ein *Feind*, obzwar nach Mouffe ein „legitimer Feind“.⁹

⁸ „Vom Gesichtspunkt des ‚agonistischen Pluralismus‘ betrachtet, besteht das Ziel demokratischer Politik in der Konstruktion eines ‚sie‘ auf eine Weise, in der es nicht länger als ein zu vernichtender Feind wahrgenommen wird, sondern als ein ‚Gegner‘, d. h. als jemand, dessen Ideen wir bekämpfen [...]“ (Mouffe 2008, 103).

⁹ Vgl. hierzu: „Ein Gegner ist ein Feind, doch ein legitimer Feind [...]“ (Mouffe 2008, 103).

Mouffes Ansatz wertet also Rationalität, Argumentation und vernünftig begründete Institutionen ab. Offenbar sei das Ziel des rationalistischen Ansatzes, Positionen zu begründen und Institutionen verstehen zu wollen, illusorisch. Stattdessen müsse man auf die Aktion oder die Agitation setzen, auf Leidenschaften und auf Identifikationsangebote. Den Anspruch einer nicht-exkludierenden Öffentlichkeit müsse man ebenfalls als illusorisch zurückweisen und stattdessen die Bürgerinnen und Bürger durch Leidenschaftsappelle und durch eine Re-Aktivierung des „Wir gegen Die“-Denkens re-politisieren.

Fassen wir die Krisendiagnose und das Argument von Mouffe an dieser Stelle zusammen:

Diagnostiziert wird eine zunehmende Apathie (Entfremdung von Institutionen und Parteien); als Ursache wird (neben der Ausbreitung des Neoliberalismus) die Konsensorientierung des deliberativen Ansatzes und der sinnlose Versuch des rationalistischen Ansatzes, Institutionen rational begründen zu wollen, genannt, und die Lösung liegt nach Mouffe in einer affektbeladenen Politik, einem leidenschaftsbasierten linken Populismus, und einer agonistischen Öffentlichkeit. Die Hauptfunktion dieser agonistischen Öffentlichkeit besteht in der Politisierung. Dafür müsse die Öffentlichkeit plurale Identifikationsangebote bereithalten, die über Exklusionslogiken funktionieren und vor allem deutlich machen, wo die Gegner der eigenen Position liegen. In Bezug auf diese Identifikationsangebote gehe es dann nicht um die sorgfältige Begründung der eigenen Position, sondern um die leidenschaftliche Abgrenzung zu Anderen. Änderungen in der Position dürften nicht als Ergebnis rationaler Überzeugung betrachtet werden, sondern müssten als Änderung des Glaubens, als eine „Konversion“ und „Veränderung politischer Identität“ (Mouffe 2008, 104) betrachtet werden.

Die zentrale demokratietheoretische Trennlinie verläuft also aus der Perspektive der radikalen Demokratietheorie zwischen Konflikt und Konsens: Während die deliberative Demokratietheorie und ein davon beeinflusstes konsensorientiertes Denken das Politische angeblich im Keim ersticke, ermögliche, fordere und kultiviere die radikale Demokratietheorie den Konflikt und die damit verbundenen Phänomene der Gegnerschaft und des Hegemoniestrebens als genuin politische Phänomene.

Mouffes Typologie war und ist einflussreich. Öffentlichkeitstheorien in der Digitalisierungsforschung rekurrieren auf diese 3er-Typologie und stellen infolgedessen ein liberales Spiegelmodell, ein deliberatives Konsensmodell, und ein radikales Politisierungsmodell gegenüber (vgl. Ritzi 2019, 71). Auch die von Mouffe zelebrierte Trennlinie zwischen demokratiegefährdenden konsensbasierten und demokratieermöglichenden konfliktbasierten Demokratiemodellen hat aufgrund ihrer Griffigkeit eine hohe Verbreitung erfahren und zu zahlreichen Veröffentlichungen geführt, die sich – wie Mouffe – gegen eine Verkürzung der Demokratie

auf den Konsens und für eine Aufwertung des Konfliktes als Lebenselixier der Demokratie einsetzen.¹⁰

2.2 Kritik der radikaldemokratischen Typologie und Trennlinie

Ich möchte dieser einflussreichen 3er-Typologie und der darin zum Einsatz kommenden zentralen Trennlinie in konsensbasierte und konfliktbasierte Demokratiemodelle im Folgenden vehement widersprechen. Man gibt das deliberative Modell falsch wieder, wenn man als zentrale Funktion die Herstellung von Konsens behauptet. Zentral ist vielmehr die Legitimationsfunktion. Ein knapper ideengeschichtlicher Rückblick kann dies verdeutlichen: Oft als „klassische Demokratietheorien“ (vgl. Wiesendahl 1981; kritisch Ballestrem 1988) bezeichnet, sind sich die vertragstheoretischen Ansätze von Hobbes,¹¹ Locke, Kant und Rousseau darin einig, dass Herrschaft prinzipiell rechtfertigungsbedürftig ist, weil Menschen von Natur aus als vernunftbegabt, frei und gleich zu betrachten sind und daher niemand ohne weitere Begründung über andere Menschen herrschen darf. Konsens steht hier also nicht am Ende, sondern am Anfang: Nur weil Konsens besteht über die grundlegende Freiheit und Gleichheit der Menschen, entsteht ja überhaupt die Notwendigkeit, Herrschaft zu rechtfertigen – und zwar vor allen Einzelnen als Freien und Gleichen. Zentral für die deliberative Demokratietheorie, die dezidiert an die klassische Demokratietheorie anknüpft (vgl. Habermas 2022, 19; Rawls 1979, 27–28) ist also nicht die Herstellung von *Konsens*, sondern auf einer basaleren, grundlegenden Ebene zunächst die *Legitimationsfunktion*, d.h. die ständige Notwendigkeit, Herrschaft zu rechtfertigen und bestehende Rechtfertigungen kritisch zu überprüfen.

Das Öffentlichkeitsmodell der deliberativen Demokratie ist komplex. Es berücksichtigt selbstverständlich die zentralen Institutionen einer konstitutionellen Demokratie. Rawls' und Habermas' Modelle unterscheiden sich in vielen wichtigen Punkten. Dennoch betrachten beide Modelle Beziehungen zwischen Bürgern, Intermediären und politischem System und leiten aus der zentralen Funktion der Rechtfertigung weitere Teilfunktionen ab:

Grundlegend für das Agenda-Setting ist eine *Identifikationsfunktion*, d. h., in der Öffentlichkeit muss diskutiert werden, welche Dinge überhaupt einer gesetzlichen Regelung und öffentlichen Rechtfertigung bedürfen (vgl. Habermas 2022, 60; Rawls

¹⁰ Vgl. dazu Frick (2017), die sich jedoch in späteren Veröffentlichungen deutlich kritischer mit der genannten Trennlinie auseinandersetzt.

¹¹ Vgl. Odzuck (2016).

2002, 168). Die Öffentlichkeit muss sodann eine *Kontrollfunktion* übernehmen, d. h., es muss geprüft werden, ob ausreichende Begründungen für Zwangsmaßnahmen vorhanden sind (Rawls 2002, 170–171). Dafür müssen wiederum ausreichende und zutreffende Informationen über die zu regelnden Sachverhalte vorliegen – die *Informationsfunktion*. Zugleich geht es darum, zu prüfen, welche der vorliegenden Begründungen grundlegenden Rationalitätsanforderungen bzw. dem öffentlichen Vernunftgebrauch entsprechen – eine *Filterfunktion* (vgl. Habermas 2022, 65). Und zuletzt erfüllt Öffentlichkeit eine *integrierende Funktion* – durch die Identifikation von Themen, die alle betreffen (vgl. Habermas 2022, 60) – und durch den Akt der Rechtfertigung, der die wechselseitige Anerkennung als freie und gleiche Bürger ausdrückt, denen man eine Rechtfertigung schuldet¹² und der bereits dadurch integrierend wirken kann:

Die auf dem Kriterium der Reziprozität beruhende Idee der politischen Legitimität besagt demnach: Unsere Ausübung politischer Macht ist nur dann angemessen, wenn wir aufrichtig davon überzeugt sind, dass die Gründe, welche wir für unsere politischen Handlungen anführen würden [...] ausreichen, und wenn wir außerdem vernünftigerweise davon überzeugt sind, dass andere Bürger diese Gründe ebenfalls vernünftigerweise akzeptieren könnten (Rawls 2002, 172).

Rawls macht in seinen Ausführungen zum öffentlichen Vernunftgebrauch deutlich, dass Konsens beileibe nicht immer das Ergebnis und auch gar nicht das primäre Ziel des öffentlichen Vernunftgebrauches ist, sondern dass bereits der Akt der Rechtfertigung und die darin durchscheinende Haltung des Respekts wichtige Funktionen für die Debattenkultur liberaler Demokratien übernehmen kann:

Bürger lernen und profitieren von Debatten und Auseinandersetzungen, und wenn ihre Argumente der öffentlichen Vernunft folgen, belehren sie die politische Kultur der Gesellschaft und vertiefen ihr Verständnis untereinander auch dann, wenn keine Übereinstimmung erreicht werden kann (Rawls 2002, 207).

Und auch Habermas setzt sich in seiner Studie zum erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit mit dieser von der radikalen Demokratietheorie vorgelegten, verkürzten und verzerrenden Darstellung seines Modells demokratischer Öffentlichkeit als konsensorientiert kritisch auseinander: Selbstverständlich geht es in der breiteren Öffentlichkeit im Habermas'schen Two-Track-Model plural, kontrovers und konfliktär zu – Habermas spricht von einer „Flut von Dissensen“ und selbstverständlich erfüllt die konfliktäre Auseinandersetzung und der leidenschaftliche Streit hier wichtige Funktionen in der demokratischen Öffentlichkeit (vgl. Haber-

¹² Vgl. hierzu auch Forst (2007).

mas 2022, 25–26). In dezidiertem Stoßrichtung gegen die radikaldemokratische Verkürzung erläutert Habermas, dass Konsensorientierung keineswegs einen Verzicht auf die vehement und auch leidenschaftlich geführte Debatte bedeutet, und dass das wesentliche Merkmal deliberativer Öffentlichkeit nicht der Konsens ist, sondern das Desiderat der Rechtfertigung und die Suche nach rational akzeptablen Entscheidungen.¹³

Die Annahme, dass sich auch politische Diskurse am Ziel eines Einverständnisses orientieren, wird oft missverstanden. Sie impliziert nämlich keineswegs die idealistische Vorstellung vom demokratischen Prozess als einer friedlichen Seminarveranstaltung. Man kann im Gegenteil davon ausgehen, dass die Orientierung vernünftiger Teilnehmer an der Wahrheit [...] die politischen Auseinandersetzungen erst recht anheizt und diesen einen grundsätzlich agonalen Charakter verleiht. [...] Vor diesem konsentierten Hintergrund besteht der gesamte demokratische Prozess aus einer Flut an Dissensen, die von der wahrheitsorientierten Suche der Bürger nach rational akzeptablen Entscheidungen immer von neuem aufgewühlt wird (Habermas 2022, 25).

Die Kritik Mouffes lässt sich also als *Strohmann-Argument* zurückweisen: Das Spezifikum des deliberativen Modells ist nicht Konsens, sondern öffentliche Rechtfertigung – und die integrierende Kraft wird nicht primär einem Konsens zugeschrieben, sondern der Identifikation regelungsbedürftiger Themen und dem Akt der öffentlichen und wechselseitigen Rechtfertigung.¹⁴ Sprache im öffentlichen Kontext wahrheitssuchend, rechtfertigend und verständigungsorientiert einzusetzen, kann nach Rawls und Habermas grundsätzlich dabei helfen, bessere von schlechteren Lösungen zu unterscheiden, zur Legitimität von Entscheidungen beizutragen und wechselseitiges Verständnis zu fördern – und dies auch dann, wenn kein Konsens erreicht wird. Rawls warnt dezidiert davor, Sprache auf ein bloßes Kampfmittel zu reduzieren und macht deutlich, dass ein rechtfertigungs- und verständigungsorientierter Einsatz sprachlicher Mittel wichtige Funktionen für die politische Kultur einer Demokratie zu erfüllen hat:

In der gleichen Weise, in der ein gerechter Krieg auf einen gerechten Frieden abzielt und daher den Gebrauch derjenigen Kriegsmittel einschränkt, die das Erreichen eines gerechten Friedens erschweren, sollen wir, wenn wir in der politischen Diskussion zu freien Vereinbarungen

¹³ Zu Kompromissen als einem möglichen Ergebnis verständigungsorientierter Deliberation und zu verschiedenen Voraussetzungen und Typen des Kompromisses vgl. Zanetti (2022).

¹⁴ Vgl. zu einer umfassenden Verteidigung des deliberativen Modells gegen gängige Kritikpunkte, die unter anderem von radikaldemokratischen Positionen erhoben werden Kreide (2016), die insbesondere dem Vorwurf der angeblichen Machtvergessenheit und Blindheit der deliberativen Demokratietheorie für Machtphänomene ein wichtiges Argument für kommunikative Macht entgegenstellt.

gelangen wollen, Argumente benutzen und Gründe ins Feld führen, die auch von anderen akzeptiert werden können. [...] Die Idee des öffentlichen Vernunftgebrauches verdeutlicht, daß das, was bei dieser Überlegung [Debattenführung im Modus des Kampfes, E. O.] übersehen wird, jene bedeutenden Werte sind, die von einer Gesellschaft errungen werden, die in ihrem öffentlichen Leben die kooperativen politischen Tugenden der Vernünftigkeit und des Sinns für Fairneß, der Kompromißbereitschaft und des Willens zur Respektierung der Pflicht des öffentlichen Anstands Wirklichkeit werden läßt. [Diese Tugenden, E. O.] [...] gehören zum politischen Kapital der Gesellschaft [...] denn diese Tugenden werden im Laufe der Zeit allmählich aufgebaut [...] und müssen beständig erneuert werden, indem man sie in der Gegenwart bestätigt und dem Handeln zugrunde legt (Rawls 2003, 185–186).

Stellt man nun das deliberative und das agonistische Öffentlichkeitsmodell gegenüber, so erweist sich das Modell der radikalen Demokratietheorie als unterkomplex. Institutionen werden vernachlässigt¹⁵ – stattdessen wird auf die Mobilisierung von Leidenschaften gesetzt. Nun könnte man zur Verteidigung der radikalen Demokratietheorie anführen, dass diese immerhin nicht völlig institutionenblind sei. Zwar müssen Institutionen offenbar nicht verstanden werden und man könne auf rationale Begründungen verzichten. Aber benötigt werden die Institutionen offenbar auch im radikaldemokratischen Modell – und zwar genau dann, wenn es darum geht, das erklärte Ziel radikaler Demokratiemodelle zu erreichen, d.h. die durch Leidenschaftsappelle aufgeheizte Öffentlichkeit zu bremsen und den Konflikt zu zivilisieren. Demokratische Institutionen sollen nach Mouffe nämlich Konflikte entschärfen, Tötungsbereitschaft in Gegnerschaft und Feinde in Gegner umwandeln.¹⁶ Obwohl Mouffe sich an Schmitt orientiert und den Konflikt zum Kernele-

¹⁵ Vgl. Wallaschek (2017) sowie zu einer ausformulierten Kritik ebenfalls die Debatte zwischen Buchstein und Martinsen (Buchstein 2020) – zum Versuch der Widerlegung des Vorwurfs bzw. zur Adressierung der institutionellen Leerstelle vgl. einen jüngst erschienenen Sammelband (Herrmann/Flatscher 2020).

¹⁶ Wenn Institutionen bei Mouffe thematisiert werden, dann oft in verkürzten Fassungen von Parlamenten als schlachtenbeendenden Dezisionsapparaten. Mouffe zitiert Elias Canettis radikal verkürztes Bild des Parlaments als einer „Kriegsführung ohne Tötung“ und bemerkt, das Bild sei ein glänzendes Beispiel dafür wie, „Feinde in Gegner verwandelt, wie Konflikte dank demokratischer Institutionen in agonistischer statt antagonistischer Weise inszeniert werden können“ (Mouffe 2010, 32). Canettis angeblich brillante Analyse blendet jedoch sowohl die durch die Ministerialbürokratie zu sichernde Sachebene als auch die parlamentarische Debatte als Streit mit Argumenten vollkommen aus und reduziert das parlamentarische Handeln auf den Akt der Entscheidung. Es ist ein Akt des Kräftemessens, in dem sich die unterlegene Partei zähneknirschend unterwirft und die größere Macht der durch die Stimmenzahl größeren Gruppe anerkennt. Es geht um Sieg und Niederlage – es geht aber in der fatal vereinseitigen Rekonstruktion gerade nicht um den Versuch, für eine Position im Rahmen eines geordneten Verfahrens und im Namen des Gemeinwohls argumentativ zu streiten.

ment demokratischer Politik stilisiert, ist nicht die gewaltsame Tötung der Fluchtpunkt, sondern ein demokratisch eingehegtes Politikverständnis, in dem Konflikte unter Verzicht auf Gewalt ausgetragen werden sollen.

Die fehlende Erläuterung, *wie genau* diese Zähmung des Konfliktes durch Institutionen funktionieren kann, deckt theoretische Probleme in Mouffes Theorie auf, an denen deutlich wird, wie epistemologische Prämissen und demokratiepolitische Konsequenzen in demokratietheoretischen Modellen zusammenhängen.

Erstens behauptet Mouffe nun, Konsens sei doch wichtig in der Politik – und zwar Konsens über die grundlegenden politischen Werte von Freiheit und Gleichheit.¹⁷ Dass Mouffe damit genau das annimmt – also die Notwendigkeit des Konsenses –, wofür sie die deliberative Demokratietheorie zuvor so vehement kritisierte, kann man als erstes erklärungsbedürftiges Problem betrachten. Die relativierende Erklärung, es bedürfe zwar eines Konsenses – aber die genaue Bedeutung des Konsenses bleibe notwendigerweise umstritten (Mouffe 2008, 103), weil es sich um einen „konfliktualen Konsens“ handle, löst dieses Problem nicht, sondern führt zu einem weiteren Problem:

Zweitens ist nämlich nicht recht nachvollziehbar, wie die Befriedung des Konfliktes und die Überführung des Feind-Status in den Status zivilisierter demokratischer Gegner gelingen kann, wenn erstens die Regeln selbst umstritten bleiben und zweitens die Figur des unparteiischen Schiedsrichters als illusorisch gebrandmarkt wird (vgl. Mouffe 2002, 103): Das hehre (und überaus wichtige!) Ziel, den gewalttätigen Kampf in einen (sprachlich an griechische Tugenden fairer Sportler) erinnernden *Agon* umzuformen scheint dann problematisch, wenn die demokratischen Grundwerte d.h. die Kriterien eines zivilisierten, gerechten Kampfes selbst umstritten bleiben und wenn die Figur eines unparteiischen Schiedsrichters (der etwa im Box-Sport darüber wacht, dass fair gekämpft wird und Regeln eingehalten werden) von vornherein als illusorisch abgetan wird. Wie denn sollen die Kämpfe fair bleiben und demokratisch eingehegt werden, wenn die Regeln selbst umstritten bleiben und unparteiische Schiedsrichter nicht existieren?

Das Problem führt drittens direkt zur postmodern-dekonstruktivistischen, epistemologischen Grundlage der radikalen Demokratietheorie. *Warum* man nämlich an den liberaldemokratischen Werten festhalten sollte, und wie es zu einem dafür dann eben doch benötigten Konsens über diese Werte kommen soll, bleibt völlig unklar. Mouffe hält es für unnötig und für unmöglich, diese Werte rational zu begründen: „Ich orientiere mich an Wittgenstein, wenn ich geltend mache, daß unsere Bindung

17 „Im 2. Kapitel habe ich den Gedanken ausgeführt, daß Demokratie einen „konfliktualen Konsens“ benötigt: einen Konsens über die ethisch-politischen Werte der Freiheit und der Gleichheit aller, einen Dissens aber über die Interpretation dieser Werte“ (Mouffe 2010, 158).

an demokratische Werte und Institutionen nicht in deren größerer Vernünftigkeit gründet [...]“ (Mouffe 2010, 159). In dezidierte Abkehr zur Idee rational rechtfertigbarer, legitimer demokratischer Herrschaft und zur Idee öffentlicher Rechtfertigung setzt Mouffe auf einen liberal-demokratischen Dezisionismus: „Ich dagegen halte das Ziehen einer Trennlinie zwischen dem Legitimen und dem Illegitimen grundsätzlich für eine politische Entscheidung [...]“ (Mouffe 2010, 159). Hier wird die Dezision der Deliberation entgegengesetzt und die Idee der Möglichkeit und Notwendigkeit der Rechtfertigung legitimer Herrschaft als ebenso illusionär wie nutzlos verworfen.¹⁸

Wenn man jedoch nicht zeigen kann, dass es vernünftig ist, den liberaldemokratischen Werten zu folgen, kann man auch nicht erwarten, dass die Bürger das tun werden – und dass die Institutionen die ihnen zugewiesene Aufgabe, die aufgepeitschten Leidenschaften zu moderieren und zu zähmen, erfüllen können. Den Werten und Institutionen die vernünftige Grundlage absprechen und zugleich zu erwarten, dass von diesen dennoch eine gewaltbegrenzende Wirkung ausgehen könne, scheint sachfremd und in sich widersprüchlich. Der eigene Anspruch und das wichtige Ziel, Gewalt einzudämmen und einen zivilisierten Konflikt zu ermöglichen, kann von der radikalen Demokratietheorie nicht eingelöst werden, wenn die Kriterien der Zivilität selbst umstritten bleiben und diese Kriterien ihrerseits nur als temporärer Ausdruck eines hegemonialen Diskurses verstanden werden. Wahrheitsskepsis, Frontstellung gegen rationalistische Ansätze und eine Bankrotterklärung an die Leistungsfähigkeit der Vernunft leisten vielmehr einem Politikverständnis Vorschub, welches Konflikte nicht durch Vernunft oder vernünftiges Recht, sondern durch Macht und Gewalt lösen will.

Weil die radikale Demokratietheorie mit einem Strohmännchen-Argument die deliberative Demokratietheorie fehlcharakterisiert, logische Probleme aufweist, institutionell unterkomplex ist und ihrem eigenen Anspruch, Konflikte zuzulassen und zugleich deren Gewaltförmigkeit einzuhegen, nicht gerecht werden kann, kann der Maßstab der radikalen Demokratietheorie und die damit einhergehende Trennlinie in konsens- und konfliktbasierte Demokratiemodelle von vornherein auf der Theorieebene kritisiert werden. Gerade wenn man an aktuellen Herausforderungen der Demokratie in der Digitalisierung interessiert ist, sollte man sich aber nicht mit einer grundlagenorientierten, theoretischen Kritik einer Demokratietheorie begnügen, sondern deutlich machen, dass verschiedene Demokratie-

¹⁸ Legitimität hängt im Mouffe'schen Modell nicht von der Möglichkeit ab, Macht mit guten Gründen rational zu rechtfertigen, sondern vom Erfolg, sich im Machtkampf durchgesetzt zu haben. Die zentralen Prämissen in Mouffes Legitimitätsvorstellung sind „dass (a) jede Macht, die sich durchzusetzen imstande war, dies deshalb konnte, weil sie von manchen Gruppen als legitim anerkannt wurde; und (b) jede Legitimität, insofern sie auf keinem aprioristischen Grund basiert, auf irgendeiner Form erfolgreicher Macht basiert“ (Mouffe 2008, 102).

theorien im digitalen Zeitalter nicht nur eine verschiedene diagnostische Funktion besitzen, sondern dass einige Demokratietheorien auch als Teil des Problems begriffen werden können, insofern diese Polarisierungen und Leidenschaftsappelle als probate Mittel einer Politisierung empfehlen und mit ihrer dekonstruktivistischen Wahrheits- und Vernunftskepsis nicht nur der Entstehung einer Post-Truth-Politics, sondern auch einem kampfbasierten Verständnis von demokratischer Politik Vorschub leisten.

2.3 Anwendung auf die Digitalisierung: Diagnostische Funktion und demokratiepolitische Implikationen verschiedener demokratietheoretischer Maßstäbe

Die Beantwortung der Frage, ob und in welcher Hinsicht die Digitalisierung eine Herausforderung für die Demokratie ist, hängt also entscheidend von dem zugrunde liegenden demokratietheoretischen Maßstab ab (vgl. hierzu auch Kaya 2020):

Mit dem Maßstab der deliberativen Demokratietheorie lässt sich erkennen, warum fragmentierte, polarisierte, manipulierte und wahrheitsindifferente digitalisierte Öffentlichkeiten ein massives Problem für die Demokratie sind: Digitalisierte Öffentlichkeiten fordern die für die Rechtfertigungsfunktion insgesamt notwendigen Teilfunktionen massiv heraus: Durch Manipulationen wird die Identifikation regelungsbedürftiger Themen herausgefordert: Wenn Social Bots oder Astro-Turfing-Kampagnen scheinbare Mehrheiten oder basisdemokratische Ursprünge vorgaukeln, erschwert dies die Identifikation tatsächlich relevanter Themen. Durch Falschinformationen und Fake News wird die Kontrollfunktion der Öffentlichkeit ebenso herausgefordert wie die Informationsfunktion und die Integrationsfunktion: In einer Post-Truth-Politics wird das Vertrauen zwischen Bürgern, zwischen Bürgern und politischem System und in die Wissenschaft herausgefordert. Polarisierungen und Fragmentierungen erschweren nicht nur die Integrationsfunktion, sondern auch die Filterfunktion der Öffentlichkeit, d. h. unter anderem die Aufgabe, überzeugende Rechtfertigungen zu identifizieren.

Aus Perspektive der radikalen Demokratie erscheinen diese Phänomene veränderter Öffentlichkeiten in der Digitalisierung nicht nur weniger problematisch – sie werden zum Teil, wie aufgezeigt, sogar dezidiert als willkommene Mittel der Politisierung empfohlen: Die Fragmentierung der Öffentlichkeit kann von der radikalen Demokratie kaum als Problem begriffen werden, weil die Bildung von Gruppen mit Exklusionslogik und die Multiplizierung von Diskursen ja explizit als Mittel der Revitalisierung der Öffentlichkeit vorgeschlagen wird. Die zunehmende

Polarisierung kann aus Perspektive der radikalen Demokratietheorie ebenfalls kein Problem sein: Die Exklusionslogik „Wir oder Sie“ und der Appell, die Leidenschaften wieder zu entflammen und auf Aktion statt aufs Argument zu setzen, entspricht ja dem Programm der Politisierung. Und das Phänomen der Post-Truth-Politics korrespondiert mit der Wahrheitsskepsis der postfundamentalistischen Theorieströmung, die Wahrheitsansprüche auf Machtansprüche reduziert: Wie lässt sich auch sinnvollerweise von Manipulation sprechen, wenn der Maßstab der Wahrheit oder die Zuträglichkeit von Sachinformationen und von Argumenten für eine freie Willensbildung abgelehnt wird?¹⁹

Der Vergleich zeigt: Die Beurteilung der „Herausforderungen der Demokratie in der Digitalisierung“ fällt je nach Maßstab völlig gegensätzlich aus. Was sich mit der deliberativen Demokratietheorie als massive Herausforderung zentraler Funktionen der demokratischen Öffentlichkeit erkennen lässt, begreift die radikale Demokratietheorie als willkommenes Mittel der Politisierung.

Der Vergleich zeigt aber auch: Die demokratietheoretischen Ansätze unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf ihr diagnostisches Potenzial. Man kann und muss so weit gehen, zu fragen, ob bestimmte theoretische Grundannahmen nicht nur einen lückenhaften und problematischen Maßstab für Diagnosen zu gegenwärtigen Herausforderungen der Demokratie abgeben, sondern ob diese, wenn sie handlungsleitend für Bürgerinnen und Bürger liberaler Demokratien werden, auf Dauer selbst zum Problem und zur Gefahr für die Weiterentwicklung der Demokratie werden: Wenn Polarisierungen nicht mehr als Problem, sondern als probates Mittel der Politisierung begriffen werden, wenn Manipulationen aufgrund einer Wahrheits- und Vernunftskepsis nicht mehr als Manipulationen begriffen (und kritisiert) werden können, wenn man der Vernunft die Fähigkeit abspricht, zur Moderation von Konflikten und zur Verständigung beizutragen, wenn man sich vom Anspruch einer rationalen, inklusiven Öffentlichkeit verabschiedet und Öffentlichkeit stattdessen als Kampfplatz von Identitäten begreift, wenn der Mitbürger nicht als jemand betrachtet wird, mit dem man zusammenlebt und der ein Recht auf Rechtfertigung hat, sondern wenn der Mitbürger zum Gegner und (legitimen) Feind wird, dann scheinen wesentliche Gelingensvoraussetzungen für eine zivilisierte demokratische Öffentlichkeit – erst recht unter digitalen Bedingungen – massiv gefährdet.

¹⁹ Konsequenterweise drehen postmoderne Ansätze (vgl. Farkas/Schou 2020) daher den Spieß um und sehen nicht in der Existenz von Manipulationen und Fake News das eigentliche demokratiepolitische Problem, sondern im hegemonialen Diskurs über Fake News und Manipulationen, welcher Demokratie zu stark an die im Kern undemokratische Idee der Wahrheit binde und aus diesem Grund gefährlich für die Demokratie sei.

3 Plädoyer für demokratietheoretische Grundlagenforschung und für eine neue Typologie der Demokratietheorien

Die Anwendung der verschiedenen demokratietheoretischen Maßstäbe auf die Frage nach der Herausforderung der Demokratie in der Digitalisierung offenbart nicht nur unterschiedliches diagnostisches Potenzial verschiedener demokratietheoretischer Maßstäbe. Sie kann auch dafür sensibilisieren, dass und wie lückenhafte und problematische Theorien der Demokratie massive demokratiepolitische Auswirkungen haben können. Notwendig ist also eine sorgfältige Auseinandersetzung mit verschiedenen demokratietheoretischen Maßstäben und eine differenzierte Beurteilung ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit und ihrer Probleme. Worin man den radikal-demokratischen Ansätzen sicherlich zustimmen kann, ist ihr Insistieren auf Pluralismus und Dissens als notwendigem Lebenselixier von Demokratie: Natürlich muss in Demokratien gestritten werden, und gestritten werden kann nur dort, wo Alternativen existieren und klar benannt werden. Die in den liberalen Demokratien des 21. Jahrhunderts oftmals anzutreffende TINA-Rhetorik (also die Rhetorik der Alternativlosigkeit, vgl. dazu Séville 2017) unterbindet dagegen alternative Sichtweisen und kritische Nachfragen und ist in dieser Hinsicht sicherlich eine massive Herausforderung für demokratische Politik, die den Dissens selbstverständlich ebenso braucht wie den Konsens. Das von radikalen Demokratietheoretikern zurecht hochgehaltene Lob des Dissenses bedeutet, wie gezeigt wurde, aber keinesfalls, dass die radikal-demokratische Charakterisierung von deliberativen Demokratietheorien als konsensorientiert und *insofern* dissenszerstörend, pluralismusblind oder apathiegenerierend überzeugend wäre – im Gegenteil: Wie gezeigt wurde, gehen deliberative Ansätze selbstverständlich von Konflikt und Pluralismus aus und zielen in ihrem Versuch gewaltförmige Konflikte zu vermeiden nicht primär auf Konsens, sondern zuvörderst auf rationale Rechtfertigung im Modus wechselseitigen bürgerlichen Respekts. Genau diese Möglichkeit und den grundsätzlichen Sinn rationaler Rechtfertigung in der demokratischen Öffentlichkeit bestreiten aber radikaldemokratische Ansätze, mit ihrer grundsätzlichen Wahrheits- und Vernunftskepsis, mit ihrer sprachphilosophischen Prämisse, wonach der Einsatz sprachlicher Mittel auf Sieg über den Gegner zielt, und mit ihrer Fundamentalkritik gegen den normativen Anspruch einer inklusiven Öffentlichkeit.

Das erklärte Ziel von Mouffe, gegen rationalistische Ansätze in der Politischen Theorie kämpfen zu wollen (vgl. Mouffe 2010, 16), muss von einer anwendungsorientierten Demokratietheorie daher äußerst ernst genommen werden und in Bezug auf dessen demokratiepolitische Implikationen ausbuchstabiert werden: Wer

aus einer poststrukturalistischen, postmodernen Vernunftkritik heraus der Vernunft die Möglichkeit abspricht, im politischen Bereich konfliktlösend, ordnend, moderierend und wechselseitiges Verstehen und Verständnis befördernd, wirken zu *können*, wer also der Vernunft *prinzipiell* eine positive Funktionalität im politischen Bereich abspricht, der landet in der Konsequenz bei einem kampforientierten Politikverständnis, in dem aufgrund der vorgeblich fehlenden politischen Leistungsfähigkeit der Vernunft Faktoren wie Macht und Gewalt das bevorzugte Medium der Konfliktaustragung sind. Macht und Gewalt sind zwar sicher notwendige Bestandteile jeder demokratischen Politik – Recht muss im Rechtsstaat nicht nur gerechtfertigt werden, sondern auch durchgesetzt werden können. Macht und Gewalt können aber nicht gute von schlechten Lösungen, legitime von illegitimen Gesetzen unterscheiden, wechselseitiges Verständnis fördern oder durch öffentliche Kritik zur Verbesserung der Rechtmäßigkeit von Ordnung beitragen. Eine gute, gerechte Ordnung gibt es nach den Prämissen der radikalen Demokratietheorie ohnehin nicht,²⁰ weshalb es auch müßig scheint, sich im Medium der Vernunft der Aufgabe öffentlicher Rechtfertigung zu stellen, sondern was es gibt, sind aus Perspektive der radikalen Demokratietheorie allenfalls temporäre hegemonale Stabilisierungen eines immerwährenden Kampfes und Konfliktes von um ihre Identität kämpfenden Gruppen.

Trotz aller Popularität, die die radikaldemokratisch vorangetriebene Trennlinie in konsensorientierte und konfliktorientierte Demokratietheorien in der akademischen und der breiteren Öffentlichkeit erlangt hat, handelt es sich dabei nicht um eine überzeugende Trennlinie. Die radikal ernst zu nehmende und systematisch höchst relevante Trennlinie in der modernen Demokratietheorie ist aus meiner Perspektive diejenige zwischen rationalistischen Ansätzen und solchen Ansätzen, die mit dem Rationalismus brechen,²¹ zwischen einem auf Vernunft, Verständigung und öffentliche Rechtfertigung gegründeten Politikverständnis und einem auf Gewalt, Kampf und Feindschaft gegründeten Politikverständnis – zwischen einem im Kern aristotelischen, auf Vernunft und die Kultivierung bürgerlicher Freundschaft setzenden deliberativen Politikverständnis und einem Schmitt'schen dezisionistischen Politikverständnis, welches Politik vom Ausnahmefall her denkt, wo Gruppen nicht nur leidenschaftlich, sondern existenziell kämpfen und aufgrund der angenommenen Unmöglichkeit sich vernünftig zu verständigen auf Unterwerfung des Gegners sowie auf Sieg zielen.

²⁰ Zum Normativitätsproblem radikaler Demokratietheorie vgl. v. Ranim (2021).

²¹ Für eine eindringliche und ausführliche Darstellung der gegenwärtigen Gefährdung der Demokratie durch fehlendes Bewusstsein für ihre rationale Grundlage vgl. Nida-Rümelin (2020).

Die eigentlich relevante Trennlinie der Demokratietheorie verläuft meines Erachtens also zwischen Demokratietheorien, die Vernunft und Sprache als mögliches Mittel der Verständigung und Wahrheitssuche begreifen und die deshalb die demokratische Rechtfertigungspraxis als *das* konstitutive Element demokratischer Öffentlichkeit begreifen – und zwischen solchen Demokratietheorien, auf der anderen Seite, für die Sprache nur ein Werkzeug im Kampf um Stimmen oder Macht ist und die das Argument daher der politischen Agitation unterordnen.²² Zieht man diese Trennlinie nicht und lässt man zu, dass sich ein Denken ausbreitet, das Wahrheit, Institutionen, Argumente und die Idee öffentlicher Rechtfertigung radikal abwertet, dann läuft man Gefahr, eine Demokratie zu bekommen, die man vielleicht nie haben wollte: Ein Denken, welches auf Konflikt und Leidenschaften setzt, gegen die dem Rechtsstaat zugrunde liegende Idee des unparteiischen Schiedsrichters polemisiert und der Vernunft die *prinzipielle* Fähigkeit abspricht, konfliktlösend, moderierend und verständigungsorientiert tätig sein zu können, und welches Vernunft und sprachliche Mittel auf Waffen im Kampf um Hegemonie reduziert, muss sich jedenfalls nicht wundern, wenn es in Demokratien zu verstärkten Polarisierungen (auch in digitalen Kontexten) und zu zunehmender Gewaltbereitschaft in und gegen zentrale Institutionen kommt. Wie auch soll man die aufgepeitschten Leidenschaften und die kämpfenden Gruppen denn zügeln, wenn sowohl der Vernunft als auch den Institutionen ihre rationale Daseinsberechtigung entzogen und ihre politische Funktionalität weitgehend abgesprochen wird?

Die entscheidende demokratietheoretische Trennlinie verläuft meines Erachtens also auf der Ebene des Rationalitäts- und des damit wesentlich zusammenhängenden Politikverständnisses – und auf dieser Ebene muss man sich entscheiden, auf welchen wissenschaftstheoretischen Standpunkt man sich stellen möchte, ob man primär auf Vernunft oder auf Kampf als Medium der Konfliktaustragung setzt, und ob man die Demokratie dem Gerichtshof der gemeinsamen menschlichen Vernunft unterwirft oder die Demokratie als Kampfplatz von Interessen und Identitäten ausbuchstabiert. Wer an der Zukunft einer humanen, vernünftigen Demokratie auch unter digitalen Bedingungen interessiert ist, der sollte das erklärte Ziel radikaldemokratischer Positionen, rationalistische Ansätze zu bekämpfen, in seiner demokratiepolitischen Bedeutung jedenfalls nicht unterschätzen – und dies gerade im digitalen Zeitalter, in dem der vernünftige öffentliche Diskurs zugleich herausfordernder und nötiger ist als unter analogen Bedingungen.

22 Für die Entwicklung und erste Skizzierung dieser demokratietheoretischen Trennlinie, die nicht nur deliberative von radikaldemokratischen Ansätzen trennt, sondern mit ihrer Verdeutlichung des Zusammenhangs zwischen epistemologischen Prämissen und möglichen demokratiepolitischen Konsequenzen insgesamt orientierende Funktion im Kanon moderner Demokratietheorien übernehmen kann vgl. Odzuck (2020).

Literatur

- Ballestrem, Karl Graf. 1988. „Klassische Demokratietheorie' Konstrukt oder Wirklichkeit?“ *Zeitschrift Für Politik* 35 (1): 33–56.
- Bernholz, Lucy, Hélène Landemore und Rob Reich. 2021. „Introduction“. In *Digital Technology and Democratic Theory*, hrsg. von Lucy Bernholz, Hélène Landemore und Rob Reich, 1–22. Chicago: University of Chicago Press.
- Buchstein, Hubertus. 2016. *Typen moderner Demokratietheorien. Überblick und Sortierungsvorschlag*. Wiesbaden: Springer VS.
- Buchstein, Hubertus. 2020. „Warum im Bestaunen der Wurzeln unter der Erde bleiben? Eine freundliche Polemik zu den radikalen Demokratietheorien anlässlich des Einführungsbuches von Oliver Flügel-Martinsen“. *Theorieblog*, 19.10.2020. Zuletzt abgerufen am 16. Juni 2023. <https://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratietheorien-zur-einfuehrung/>.
- Comtesse, Dagmar, Oliver Flügel-Martinsen, Franziska Martinsen und Martin Nonhoff, Hrsg. 2019. *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp.
- Dahlberg, Lincoln. 2007. „Rethinking the Fragmentation of the Cyberpublic: From Consensus to Contestation“. *New Media & Society* 9 (5): 827–847.
- Farkas, Johan und Jannick Schou. 2020. *Post-Truth, Fake News and Democracy: Mapping the Politics of Falsehood*. New York/London: Routledge.
- Filipovic, Alexander. 2019. „Alles Habermas!? Alternative Theorien für eine Ethik öffentlicher Kommunikation in Zeiten der Digitalität“. In *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit. Interdisziplinäre Perspektiven auf digitale Kommunikation im Wandel*, hrsg. von Jonas Bedorf-Strohm, Florian Höhne und Julian Zeyher-Quattlander, 219–232. Baden-Baden: Nomos.
- Forst, Rainer. 2007. *Das Recht auf Rechtfertigung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frick, Marie-Luisa. 2017. *Zivilisiert Streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft*. Stuttgart: Reclam.
- Gagnon, Jean-Paul. 2018. „2,234 Descriptions of Democracy“. *Democratic Theory* 5 (1): 92–113.
- Habermas, Jürgen. 2022. *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Berlin: Suhrkamp.
- Herrmann, Steffen K. und Matthias Flatscher, Hrsg. 2020. *Institutionen des Politischen*. Baden-Baden: Nomos.
- Jacob, Daniel und Thorsten Thiel. 2019. *Politische Theorie und Digitalisierung*. Baden-Baden: Nomos.
- Jörke, Dirk. 2006. „Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?“ In *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*, hrsg. von Reinhard Hell und Andreas Hetzel, 253–266. Bielefeld: Transcript.
- Kahn, Richard und Douglas Kellner. 2005. „Oppositional Politics and the Internet: A Critical/Reconstructive Approach“. *Cultural Politics: An International Journal* 1 (1): 75–100.
- Kaya, Gizem. 2020. „Zwischen Skylla und Charybdis? Die Zukunft der Demokratietheorie im digitalen Zeitalter“. In *Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung*, hrsg. von Michael Oswald und Isabelle Borucki, 47–81. Wiesbaden: Springer VS.
- Kreide, Regina. 2016. „Digital Spaces, Public Places, and Communicative Power: In Defense of Deliberative Democracy“. *Philosophy & Social Criticism* 42 (4–5): 476–486.
- Lembcke, Oliver W., Claudia Ritzi und Gary S. Schaal, Hrsg. 2012. *Zeitgenössische Demokratietheorie*. Bd. 1: *Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS.

- Martinsen, Renate. 2009. „Öffentlichkeit in der ‚Mediendemokratie‘ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien“. In *Politik in der Mediendemokratie*, hrsg. von Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch, 37–69. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meier, Christian. 1980. *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal. 1999. „Dekonstruktion, Pragmatismus und die Politik der Demokratie“. In *Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft. Texte von Simon Critchley, Jacques Derrida, Ernesto Laclau und Richard Rorty*, hrsg. von Chantal Mouffe, übersetzt von Andreas Leopold Hofbauer, 11–35. Wien: Passagen Verlag.
- Mouffe, Chantal. 2000. *Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism?* Wien: Institut für Höhere Studien (HIS). Zuletzt abgerufen am 16. Juni 2023. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaar-246548>.
- Mouffe, Chantal. 2002. „Für eine agonistische Öffentlichkeit“. In *Demokratie als unvollendeter Prozess*, hrsg. von Okwui Enwezor, 101–112. Ostfeldern-Ruit: Hatje-Cantz.
- Mouffe, Chantal. 2008. *Das demokratische Paradox*. Übersetzt von Oliver Marchart. Wien: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal. 2010. *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Übersetzt von Niels Neumeier. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Mouffe, Chantal. 2018. *For a Left Populism*. London/New York: Verso.
- Nida-Rümelin, Julian. 2020. *Die gefährdete Rationalität der Demokratie*. Hamburg: Edition Körber.
- Odzuck, Eva. 2014. „Die Selbstgefährdung der liberalen Demokratie in der Biopolitik. Plädoyer für eine doppelte Ergänzung demokratietheoretischer Krisendiagnosen“. In *Das Konzept des (Staats-) Bürgers. Analysen aus politik-, rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive*, hrsg. von Zoltán Tibor Pállinger, 82–114. Baden Baden: Nomos.
- Odzuck, Eva. 2016. *Thomas Hobbes körperbasierter Liberalismus. Eine kritische Analyse des Leviathan*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Odzuck, Eva. 2020. „Personalisierter Wahl-Kampf oder öffentliche Willens-Bildung? Digitales Politisches Micro-Targeting als Richtungsentscheidung der Demokratie“. *Zeitschrift für Politik* 67 (2): 153–184.
- Oswald, Michael und Isabelle Borucki, Hrsg. 2020. *Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ranim, Lucas von. 2021. „Die Substanz der Substanzlosigkeit: Das Normativitätsproblem radikaler Demokratietheorie“. *Leviathan* 49 (3): 337–360.
- Rawls, John. 1979. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Übersetzt von Hermann Vetter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rawls, John. 2002. „Nochmals: Die Idee der öffentlichen Vernunft“. In *Das Recht der Völker*, übersetzt von Wilfried Hinsch, 165–218. Berlin/New York: De Gruyter.
- Rawls, John. 2003. *Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf*. Herausgegeben von Erin Kelly. Übersetzt von Joachim Schulte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ritzi, Claudia. 2019. „Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung“. In *Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven*, hrsg. von Jeanette Hofmann, Norbert Kersting, Claudia Ritzi und Wolf J. Schünemann, 61–82. Bielefeld: Transcript.
- Ritzi, Claudia und Alexandra Zierold. 2020. „Grenzenlos, frei und politisch? Öffentlichkeit unter den Bedingungen der Digitalisierung aus radikaldemokratischer Perspektive“. In *Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung*, hrsg. von Michael Oswald und Isabelle Borucki, 25–46. Wiesbaden: Springer VS.
- Sartori, Giovanni. 2006. *Demokratietheorie*. Übersetzt von Hermann Vetter. Herausgegeben von Rudolf Wildenmann. 3. Aufl. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Séville, Astrid. 2017. „*There Is No Alternative*“. *Politik zwischen Demokratie und Sachzwang*. Frankfurt/New York: Campus.
- Wallaschek, Stefan. 2017. „Chantal Mouffe und die Institutionenfrage“. *Zeitschrift für Politische Theorie* 8 (1): 1–20.
- Wiesendahl, Elmar. 1981. *Moderne Demokratietheorie: Eine Einführung in ihre Grundlagen, Spielarten und Kontroversen*. Frankfurt: Diesterweg.
- Zanetti, Véronique. 2022. *Spielarten des Kompromisses*. Berlin: Suhrkamp.